

Literarische Rundschau

Marx oder Bakunin? — Demokratie oder Diktatur? Zeitgemäße Neuausgabe der Berichte an die sozialistische Internationale über Michael Bakunin von Karl Marx und Friedrich Engels («Die Allianz der sozialistischen Demokratie und die Internationale Arbeiterassoziation»). Mit einem Geleitwort und Erläuterungen herausgegeben von Wilhelm Bloß. Stuttgart 1920, Volksverlag für Wirtschaft und Verkehr. 96 Seiten Oktav.

Es ist bedauerlich, daß diese Schrift, die schon vor der deutschen Novemberrevolution neu herausgegeben werden sollte, erst jetzt erscheint; denn wie keine andere der gegen den Bolschewismus gerichteten Schriften ist sie geeignet, die Behauptung Lenins und seiner Parteifreunde, der Bolschewismus ruhe auf dem Fundament der Marxschen Staatsauffassung, zurückzuweisen und die wirkliche Stellung von Marx und Engels zum Bolschewismus authentisch, das heißt durch deren eigene Kritik klarzulegen.

Genosse Bloß hat nämlich den in unserer Partei fast völlig der Vergessenheit anheimgefallenen Bericht der Kommission, die von dem Internationalen Kongress im Haag (1872) zur Untersuchung des Treibens von Michael Bakunin und Genossen eingesetzt worden ist, ausgegraben und mit einigen Erläuterungen neu herausgegeben. In dieser Kommission saßen auch Marx und Engels; sie waren die eigentlichen Leiter und Theoretiker des Ausschusses, und, wenn auch nicht alle Äußerungen dieses Berichts, so rühren doch die wichtigsten und vor allem die theoretischen Ausführungen von ihnen her; zudem aber haben beide sich nachher mit der Schrift öffentlich solidarisch erklärt. Man kann also die Kritik, die der Bericht an der anarchistischen »abstrakten« Staatsidee Bakunins und der von ihm gepredigten Zerstörung des Staates durch die proletarische Revolution übt, als Marx-Engels'sche Kritik ansehen. Diese Kritik der bakunistischen Staatsidee richtet sich aber zugleich gegen die bolschewistische Staatsidee, denn beide sind in ihren Hauptzügen nahe verwandt, so daß man Bloß zustimmen muß, wenn er sie als Spielarten einer und derselben anarchistischen Richtung bezeichnet.

Bekanntlich predigt Lenin in seiner Schrift »Staat und Revolution«, daß es die erste Aufgabe des Proletariats nach einer Revolution sein müsse, den Staat zu zertrümmern, das heißt die Staatsinstitutionen zu »zerbrechen« und an die Stelle der alten Regierungsform vom Proletariat gewählte diktatorische Ausschüsse (Räte) und Vollzugsorgane zu setzen. In etwas romantischerer, aufgepußterer Form finden wir diese Ansicht schon bei Bakunin. Auch er erklärt, daß die erste Tat einer proletarischen Revolution die Abschaffung des Staates sein müsse, und zwar jeglicher Staatsgewalt, wie sie auch beschaffen sein möge, ob konservativ oder demokratisch, denn immer sei der Staat die »unfehlbare Quelle der Ausbeutung und des Despotismus«. Deshalb seien auch die Revolutionäre, die am Tage nach der Revolution an »den Aufbau des revolutionären Staates« dächten, fast noch gefährlicher als die Reaktionäre.

Auch die Organisation der proletarischen Herrschaft beziehungsweise Verwaltung dachte sich Bakunin der bolschewistischen Räte-diktatur ziemlich ähnlich. An der Spitze jeder Kommune sollte ein aus gewählten Delegierten der Revolutionäre bestehender Kommunalrat stehen, dessen Mitglieder »mit bindenden Mandaten versehen, stets verantwortlich und stets abberufbar« sein mußten. Dieser Kommunalrat hätte dann aus seiner Mitte wieder einen »Vollzugsausschuß« zu wählen und sich zugleich mit den Kommunalräten anderer Gemeinden in Verbindung zu setzen, um einen Bund der aufständischen Vereinigungen, Kommunen und Provinzen aufzurichten und eine revolutionäre »bewaffnete Macht« zu schaffen, das heißt diktatorische Oberprovinzial- und Landesräte einzusetzen.

Wie stellte sich nun Marx zu dieser Lehre von der Staatsdemolierung und der Organisation der Proletarierherrschaft?

Schon in dem geheimen Rundschreiben des Generalrats vom März 1878, »Die angeblichen Spaltungen in der Internationale«, heißt es S. 37:

»Die Anarchie, das ist das große Paradesperd ihres Meisters Bakunin, der von den sozialistischen Systemen nur die Überschriften genommen hat. Alle Sozialisten verstehen unter Anarchie folgendes: Ist das Ziel der proletarischen Bewegung, die Abschaffung der Klassen, einmal erreicht, so hört die Macht des Staates auf, der nur dazu dient, die große produktive Mehrheit unter dem Joch einer wenig zahlreichen ausbeutenden Minderheit zu erhalten, und die Aufgaben der Regierung verwandeln sich in einfache Aufgaben der Verwaltung. Die Allianz (gemeint ist die von Bakunin geleitete Allianz der sozialistischen Demokratie) verfährt umgekehrt. Sie verkündet die Anarchie in den Reihen der Proletarier als das unfehlbarste Mittel, die machtvolle Konzentration der sozialen und politischen Kräfte in den Händen der Ausbeuter zu vernichten. Unter diesem Vorwand verlangt sie von der Internationale in dem Augenblick, wo die Welt sie zu vernichten sucht, sie solle an die Stelle ihrer Organisation die Anarchie setzen.«

Ähnliche Äußerungen findet man an anderen Stellen des Berichts; und von dem revolutionären Organisationsplan Bakunins heißt es, nachdem er mit einigen höhnischen Bemerkungen glossiert worden ist, wörtlich: »Über den tatsächlichen Wert dieses Revolutionsplans, der seine Anhänger statt kämpfen diskutieren läßt, verlieren wir kein Wort.«

Das ist, sollte man meinen, deutlich genug. Die bolschewistischen Scholastiker werden freilich auch durch diese Äußerungen von Marx nicht eines Besseren belehrt werden, denn sie sind unbelehrbar; aber so manchem »Unabhängigen«, der tatsächlich glaubt, Marx sei auch ein Anhänger der Käsebikatur gewesen, vermag diese alte Kampfschrift gegen den bakunistischen Bolschewismus vielleicht doch den Star zu stehen.

Heinrich Cunow

Georg v. Below, **Soziologie als Lehrfach**. Ein kritischer Beitrag zur Hochschulreform. München und Leipzig 1920, Verlag von Duncker & Humblot.

Das Buch, ein Sonderabdruck aus Schmollers Jahrbuch, ist eine Kampfschrift. Der Verfasser, der als Geschichtsprofessor an der Universität Freiburg wirkt, setzt sich mit einer Schrift des Staatssekretärs Becker im preussischen Kultusministerium auseinander, die den Titel führt: »Gedanken zur Hochschulreform« und die soziologische Professuren fordert, weil sie darin ein ausgezeichnetes Mittel zur Gesundung der deutschen Universitäten erblickt. Below wendet sich zunächst gegen das in der Beckerschen Schrift enthaltene ungünstige Urteil über die deutschen Hochschulen, das aus Unkenntnis der wirklichen Zustände und aus tendenziöser Voreingenommenheit entspringe. Er preist die wissenschaftlichen Leistungen der Professoren in hohen Tönen und behauptet böshaft, die Unzufriedenheit ihrer Kritiker habe darin ihre eigentliche Ursache, daß sie nicht genug Gegenliebe fänden bei den Professoren und Studenten, die nicht geneigt seien, sich als feinere Köpfe einer brutalen größeren Zeitströmung unterzuordnen. Nach diesem Kampfe pro domo geht Below zu seinem eigentlichen Thema über und untersucht die Frage, ob die Soziologie als Lehrfach auf den Universitäten überhaupt eine Berechtigung habe. Diese Frage wird rundweg verneint. Zum Beweis hierfür führt er an, daß die soziologischen Erscheinungen schon seit langer Zeit, bevor die Soziologie als Spezialfach aufgetreten sei, von der Wissenschaft beobachtet und untersucht worden seien. Gerade die deutsche Wissenschaft, die allerdings die Soziologie im Sinne des Positivismus (Comte, Buckle und Spencer) ablehne, sei mit wachsendem Erfolg bemüht, die menschlichen Gemeinschaftsbeziehungen wirtschaftlicher und sozialer Art zu erforschen und die gewonnene Erkenntnis für das Leben nutzbar zu machen. Die vom Positivismus behauptete Abhängigkeit der Menschen von objektiven Mächten werde hinreichend gewürdigt,